Florian von Brunn, MdL
Bayerischer Landtag
Markus Käser, Kreisrat
Pfaffenhofen an der Ilm in Oberbayern

Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Bundesministerium der Verteidigung
Stauffenbergstr. 18
10785 Berlin

München, den 10.08.2018

Sehr geehrte Frau Bundesministerin von der Leyen,

Seit den 70er Jahren verwendete die Bundeswehr mit ihrer Feuerwehr am Manchinger Flugplatz bis 2011 bei Einsätzen und insbesondere bei den regelmäßig stattfindenden Übungen reichliche Mengen an Löschschaum mit giftigen polyfluorierte Chemikalien, sogenannten PFC-Stoffen. Im Laufe der Zeit sickerten diese Chemikalien ins Grundwasser und reicherten sich dort und im Boden an. Über das Grundwasser haben sich die Chemikalien in der Umgebung ausgebreitet - mit erheblichen Konsequenzen für die Anwohner, Umwelt, Kommune und Landwirtschaft.

Da zahlreiche landwirtschaftliche Brunnen und Hausbrunnen den Schwellenwert für das Grundwasser nach den PFC-Leitlinien überschreiten, hat das Pfaffenhofener Landratsamt im Juni dieses Jahres in einer öffentlichen Verfügung den Westenhausener Bürgern die laut Bayerischem Landesamt für Umwelt zugesicherte erlaubnisfreie Nutzung des Oberflächen- und Grundwassers für die nächsten 14 Jahre entzogen. Das gilt auch für außerorts liegende, bebaute Freizeit-Grundstücke. Bis 2032 ist außerdem die Benutzung von Oberflächenwasser zu Bewässerungszwecken für Gärten und Felder aus den Gewässern nördlich sowie nordöstlich des Flugplatzes Manching untersagt. Wer gegen den behördlichen Erlass verstößt, riskiert Zwangsgeld-Verfahren.

Viele Landwirte im Umgriff des Flughafens müssen ihre Kulturen bewässern, um eine ausreichende Ernte sicherzustellen. Das vor Ort vorhandene Wasser dürfen die Bauern aber nun nicht mehr verwenden, um Gefahren für die Verbraucher und eine weitere Verseuchung des Bodens zu vermeiden. Laut Fachbehörden tragen die Bauern selbst die Verantwortung beim Inverkehrbringen ihrer Erzeugnisse. Deshalb befürchten jetzt viele von ihnen erhebliche wirtschaftliche Nachteile, entweder weil ohne Wasser keine Bewirtschaftung mehr möglich ist oder weil sie ihre Erzeugnisse aufgrund der Bewässerung mit PFC-haltigem Wasser nicht mehr absetzen können. Im Einzugsbereich des Militärflughafens sind nach Angaben der Interessengemeinschaft der Landwirte rund 400 ha von der PFC-Kontamination beeinträchtigt. Die Kosten für ein Bewässerungssystem, das Grundwasser aus unbelasteten Brunnen entnimmt, werden mit rund 1,9 Mio. € veranschlagt. Die Interessensgemeinschaft der Landwirte sieht die Landwirtschaft in Westenhausen deswegen stark gefährdet.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, es muss unserer Ansicht nach von Seiten des Verursachers Bundeswehr viel mehr als bisher getan und schnell gehandelt werden, damit die landwirtschaftlichen Betriebe in Westenhausen, Lindach und Umgebung durch die PFC-Verseuchung nicht in existenzielle Not geraten und sie ihre Felder wieder dauerhaft mit sauberem Grundwasser bewässern können!

Durch die PFC-Belastung des Bodens ist die Weiterentwicklung, Ausweisung und Erschließung von Baugebieten nur noch eingeschränkt möglich. Viele Bauflächen haben dramatische Wertminderungen erlitten. Eigentümer dürfen schon jetzt aufgrund der aktuellen Rechtslage trotz bestehendem Baurecht keine Keller mehr bauen. Aushubmaterial muss auf Kosten der Eigentümer kostenpflichtig entsorgt werden. Es entstehen hohe Kosten für Bodenproben zum Erlangen einer Baugenehmigung sowie durch verpflichtende Reinigung des Grundwassers für den Hausbau.

Durch die Staustufe der Donau bei Vohburg sind Ortsteile um den Flugplatz mit steigendem Grundwasser bis zu einem dreiviertel Meter belastet. Dadurch haben die Anwohner nicht selten Wasser im Keller. Die Anwohner befürchten deswegen nicht ohne Grund, dass auch mit PFC belastetes Grundwasser in ihre Häuser dringen könnte. Viele Bürger baden nicht mehr in den Baggerseen, die um den Flughafen gelegen sind. Sie trinken kein Leitungswasser mehr. Mütter machen sich Sorgen aufgrund der möglicherweise jahrelangen Aufnahme der Giftstoffe ihrer Kinder über Muttermilch oder durch Gemüse aus dem eigenen Garten.

Seit 2006 ist die Gesundheitsgefährdung durch PFC bekannt. Es gibt aber keinerlei konkreten Aussagen der Behörden, einschließlich des Verursachers Bundeswehr, über die Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Die Lebensqualität und wirtschaftliche Situation vieler Menschen ist jedenfalls bereits massiv beeinträchtigt. Das kann so nicht weitergehen.

Schon allein aus Vorsorgegründen muss unserer Überzeugung nach die weitere Eintragung von PFC aus dem Flughafengelände der Bundeswehr sofort gestoppt und alles getan werden, um negative Auswirkungen auf die Gesundheit zu mindern und zu vermeiden. Die Verantwortung des Verursachers darf nicht auf die Bürger abschoben werden. Wir fordern von der Bundeswehr ein Angebot zur schnellen und unbürokratischen Entschädigung der Betroffenen. Außerdem muss die Bundeswehr die Kosten für Untersuchung und Sanierung anfallender Altlasten komplett übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Florian von Brunn, MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Verbraucherschutz der BayernSPD-Landtagsfraktion

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz sowie im Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten

Markus Käser

Kreisrat für Pfaffenhofen an der Ilm in Oberbayern